

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

26.07.2023

Inhalt

EWN

1 LNG-Pipeline vor Rügen soll schon im Dezember fertig sein <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 26.07.2023</i>	3
2 Rückbau in Gorleben dauert Jahre <i>Berliner Morgenpost, 26.07.2023</i>	4
3 Zwischenlager bei Karlsruhe: Atom-Müll kommt nach Philippsburg – wann ist noch unklar <i>ka-news.de, 25.07.2023</i>	6

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 26.07.2023 | S. 1

📄 Auflage: 17.247 | Reichweite: 47.760

👤 Udo Roll

LNG-Pipeline vor Rügen soll schon im Dezember fertig sein

Planungsdokumente seit gestern öffentlich / Auch mögliche Umweltauswirkungen werden thematisiert

Der Zeitplan ist straff: Die rund 50 Kilometer lange Anbindungspipeline für das geplante umstrittene Flüssigerdgas-Terminal in Lubmin soll bereits Ende Dezember fertiggestellt sein. Das geht aus den umfangreichen Unterlagen zum zweiten, etwa 24 Kilometer langen Seeabschnitt von Mukran bis auf Höhe Göhren östlich der Insel Rügen hervor. Die Planungsdokumente sind seit gestern zur öffentlichen Beteiligung für zwei Wochen online und in mehreren Verwaltungsstellen auch in Papierform einsehbar.

Die Unterlagen geben Auskunft über den Ablauf der geplanten Arbeiten für die Bewertungen hinsichtlich der Auswirkungen auf die Umwelt oder den Schiffsverkehr und technische Details wie den Aufbau der Röhren und ihre Positionierung auf dem Meeresgrund. Vorhabensträger ist der Gasnetzbetreiber Gascade. Für den Betrieb des Terminals in Mukran soll das Unternehmen Deutsche Regas zuständig sein, das bereits das Regasifizierungsschiff in Lubmin betreibt.

Den Planungen von Gascade zufolge, sollen die Baggarbeiten für den 24 Kilometer langen Abschnitt der sogenannten Ostsee Anbindungsleitung (OAL) im September 2023 beginnen und bis November abgeschlossen werden. Die Verlegung der Rohrleitung im Meeresboden soll über eine Methode erfolgen, die laut Gascade bereits erfolgreich beim Bau der Pipelines Nord Stream und Nord Stream 2 genutzt wurde. Demnach werden auf einem Verlegeschiff die Einzelrohre zu einem kontinuierlichen Strang verschweißt und dann kontrolliert in einer S-Kurve in den zuvor ausgebagger-

ten Gräben abgelegt.

Da das Verschweißen der Rohre unbeeinflusst von äußeren Wetterbedingungen erfolge, könnten hohe Produktionsraten von bis zu 3000 Metern in 24 Stunden gewährleistet werden, heißt es in den Planungsunterlagen. Nach der Verlegung wird der Rohrgraben mit dem zwischengelagerten Bodenaushub wieder überdeckt.

Im geplanten LNG-Terminal im Hafen von Mukran sollen zwei Spezialschiffe zur Anlandung von Flüssigerdgas stationiert werden. Über die OAL soll der fossile Brennstoff bis zum Gasleitungsknotenpunkt im vorpommerschen Lubmin transportiert werden. Das Terminal soll schon im kommenden Winter betriebsbereit sein, stößt in der Region aber auf erheblichen Widerstand.

Kritiker des Projekts weisen seit Monaten auf aus ihrer Sicht bestehende Gefahren für die Umwelt und den für die Insel wichtigen Tourismus hin. Die Erdgasstrasse bis Mukran beispielsweise quert unter anderem zwei Vogelschutzgebiete. Laut umweltfachlicher Bewertung in den Planungsunterlagen soll das Vorhaben zu keiner Verschlechterung der bestehenden Situation in der Ostsee führen. Für die Ostsee Anbindungsleitung Lubmin – Mukran sei im Ergebnis festzustellen, „dass keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen vorliegen“, heißt es in dem Gutachten.

Bis Mitte August können die Bedenkenträger nun Einwendungen gegen das Projekt erheben.

Rückbau in Gorleben dauert Jahre

Nach jahrelangem Streit ist der Salzstock aus der Endlagersuche herausgefallen. Wachsende Sorge um das Zwischenlager

Gorleben. Gespenstisch leer und still wirkt das Gelände des Salzstocks in Gorleben. Die Schächte im Bergwerk und die Büroräume sind größtenteils verwaist. „Glück auf“, begrüßen sich die vereinzelt Kollegen der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), obwohl unter Tage kaum noch gearbeitet wird. „Zu Zeiten der Erkundung 2010 bis 2012 waren wir mal bis zu 250, jetzt sind es noch etwa 40“, sagt Christian Islinger. In der Hochphase gab es eine eigene Bohrmannschaft auf dem weitläufigen Gelände, die Kosten für die Erkundung eines Teilstücks des Bergwerks beliefen sich auf rund zwei Milliarden Euro.

Seit 33 Jahren arbeitet der Geologe für die BGE, hat die schwierige Zeit der Castortransporte ins Zwischenlager miterlebt, das schräg gegenüber in einem bewaldeten, unbewohnten Gebiet im Wendland liegt. Dort warten in einer oberirdischen Halle 113 Castorbehälter. Und nun wird Islinger den Rückbau des Bergwerks mitplanen, nachdem der so heftig umkämpfte Salzstock im Vierländereck mit Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt 2020 wegen geologischer Mängel aus der Suche nach einem Atommüll-Endlager ausgeschieden ist.

„Dieses Jahrzehnt wird man mindestens mit der Abwicklung beschäftigt sein“, meint der 61-Jährige. Mitte 2024 soll es mit der Verfüllung des Salzes in das Bergwerk losgehen, danach werden die beiden hohen Schächte verschlossen. Auf einer überdimensionalen Halde lagern in festem Zustand 400.000 Tonnen Salz. „Es waren einmal 690.000 Tonnen, die man im Bergwerk teilweise nach Sprengungen abgebaut hat“, erzählt Islinger.

40 Prozent seien durch Regenwasser in die Nordsee geflossen. Aber nicht ungefiltert. Über zwei Rückhaltebecken werde es ganz vorsichtig über eine fünf Kilometer lange Leitung in die Elbe eingeleitet, und auch nur, wenn der Pegelstand bei Neu Darchau über 1,45 Meter steige. „Das ist eine homöopathische Dosis Salz, die wir einleiten“, sagt Islinger. Und sie werde akribisch

dokumentiert.

Betriebselektriker Thomas Müller hat 20 Jahre unter Tage gearbeitet, insgesamt ist er 37 Jahre dabei. „Das ist ein komisches Gefühl, wenn das Ding zugeht“, sagt er im Schaltraum, wo er die ganze Anlage überwacht. „Für die Kollegen vor Ort war es nicht immer leicht, zum Teil wurden sie persönlich angefeindet, dabei haben sie nur ihre Arbeit im Auftrag der Bundesrepublik gemacht“, sagt Monika Hotopp, Pressesprecherin der BGE, mit Blick auf die Zeit der Anti-Atomkraft-Demonstrationen.

Man müsse für die Lagerung des Atommülls einen Zeitraum von einer Million Jahren im Blick haben. „Dieser Standort hat uns gezeigt, dass er einer Eiszeit standhält. Die letzte war vor 11.000 Jahren und hat keine Veränderung des Salzstocks bewirkt“, erklärt Islinger. „Das Endlager muss sicher sein, auch wenn es den Menschen nicht mehr gibt.“ Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg demonstriert immer noch sonntags vor den Toren der umstrittenen Anlage. Die Beerdigung des Endlagers sei „das Wunder von Gorleben“, meint BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Dass trotzdem demonstriert wird, hat zwei Gründe.

Zum einen sei das Wendland von der Endlagersuche gleich mit vier Tongebieten berührt, zum anderen bleibe Gorleben mit dem Lager für schwach- und mittelaktive Abfälle und dem Castorlager Atommüllstandort, erklärt der langjährige Kämpfer.

Die Genehmigung für das Zwischenlager erlischt 2034

Solange es kein Atommüllendlager gibt, wird der Müll obertägig gelagert, wie im Falle Gorleben weit über die einst genehmigte Zeit hinaus. Die Genehmigung für das Zwischenlager erlischt 2034. Ehmke fordert eine oberirdische Verbunkerung. Sechs Jahre vor dem Ende der Genehmigung müsse die zuständige Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) zudem den Verbleib der eingelagerten Brennelemente nachwei-

sen. Dieser Zeitpunkt wird in Gorleben schon 2028 erreicht. Das treibt auch Dagmar Schulz, Landrätin im Kreis Lüchow-Dannenberg, um: „Die Betriebsgenehmigung läuft aus, da müssen die Sicherheitskriterien noch einmal genauer betrachtet werden. Das Material verändert sich, wie lange sind die Behälter sicher?“

Die große Besorgnis sei, dass die bestehende Geneh-

migung einfach verlängert werde, meint Martin Donat, Vorsitzender des Ausschusses Atomanlagen im Kreistag: „Eigentlich können wir ein Jahrhundert Zwischenlager einplanen.“ Er fordert eine vollständige Überprüfung und Härtung des Lagers, um gegen Flugzeugabstürze, Kriegseinwirkungen und Terroranschläge besser gewappnet zu sein.



📅 ka-news.de | 25.07.2023

🔗 WEBLINK

Zwischenlager bei Karlsruhe: Atom-Müll kommt nach Philippsburg – wann ist noch unklar

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) hat die Lagerung von vier sogenannten Castor-Behältern mit hoch radioaktiven Abfällen in Philippsburg bei Karlsruhe genehmigt. Wann diese ins dortige Zwischenlager für Brennelemente kommen, ist nach Angaben vom Dienstag aber noch völlig unklar. Unter anderem stehen noch Transportgenehmigungen aus.

Bis 2005 wurden Brennelemente aus deutschen Atomkraftwerken (AKW) zur Wiederaufarbeitung nach Großbritannien und Frankreich transportiert. 2015 hatten Bund, Länder und die AKW-Betreiber ein Konzept zur Rückführung beschlossen.

Warum Philippsburg?

Als Standorte wurden neben Philippsburg Biblis in Hessen, Brokdorf in Schleswig-Holstein und Isar in Bayern festgelegt. Somit würden die Abfälle in den Bundesländern zwischengelagert, aus deren AKW anteilig die größte Menge an Kernbrennstoff zur Wiederaufarbeitung ins Ausland gebracht wurde, erklärte

Stefan Mirbeth von der Gesellschaft für Zwischenlagerung.

Sechs Behälter wurden Ende 2020 reibungslos und ohne Störungen nach Biblis transportiert; das Thema dort ist damit abgeschlossen. 18 weitere Castor-Behälter müssen noch nach Deutschland zurückgeführt werden, davon vier aus dem französischen La Hague nach Philippsburg. Die letzten AKW in Deutschland waren im April dieses Jahres vom Netz gegangen, als letzter der Meiler Neckarwestheim 2 im Landkreis Heilbronn. Ein Endlager für die Abfälle ist bis heute nicht gefunden.